



Federführung: Fachbereich Innere Verwaltung
Beteiligte(r): Fachbereich Finanzen und Beteiligungen
Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung
Fachbereich Stadtentwicklung
Auskunft erteilt: Frau Urch-Sengen
Telefon: 02521 29-110

Vorlage

2017/0278
öffentlich

Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2018 für die Bereiche Innere Verwaltung einschließlich Personal, Recht, Sicherheit und Ordnung einschließlich Feuerschutz und Rettungsdienst, Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing

Beratungsfolge:

Haupt- und Finanzausschuss
21.11.2017 Beratung

Haupt- und Finanzausschuss
12.12.2017 Beratung

Rat der Stadt Beckum
19.12.2017 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Die in der Anlage 1 zur Vorlage aufgelisteten Produkte mit den jeweiligen Produktkonten werden beschlossen.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Personal- und Sachkosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Begründung:

Rechtsgrundlagen

Gemäß § 80 Absatz 2 Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen legt der Bürgermeister den bestätigten Entwurf der Haushaltssatzung dem Rat vor.

Demografischer Wandel

Aspekte des demografischen Wandels sind in vielen Bereichen der kommunalen Haushaltsplanung zu berücksichtigen. Im Wesentlichen werden sie bei der Beratung über die Notwendigkeit und Ausgestaltung beziehungsweise Ausführung einzelner Maßnahmen oder Projekte angesprochen. Besondere Maßnahmen oder Projekte werden bei der Einbringung des Haushalts angesprochen.

Erläuterungen

In seiner Sitzung am 19. Oktober 2017 wurde dem Rat der Stadt Beckum der Haushaltsplanentwurf 2018 vorgelegt. Im Weiteren wird der Haushaltsplanentwurf auf der Basis des Produktplans im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten in den Sitzungen der Fachausschüsse beraten.

Den Ratsmitgliedern wurde ein Entwurf des Haushaltsplanes 2018 in der Sitzung ausgehändigt. Zudem wurden den Fraktionen zusätzliche Exemplare für die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger für die Beratung zur Verfügung gestellt.

Der Vorsitzende wird durch den Produktplan 2018 mit den einzelnen Produktkonten führen.

Für die Beratung im Ausschuss wird den Ausschussmitgliedern eine Auflistung der Produkte mit den für die Bereiche Innere Verwaltung einschließlich Personal, Recht, Sicherheit und Ordnung einschließlich Feuerschutz und Rettungsdienst, Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing vorgesehenen Haushaltsmitteln zur Verfügung gestellt (siehe Anlage 1).

Stellenplan 2018

Der Entwurf zum Stellenplan 2018 ist mit dem Haushaltsplanentwurf übermittelt worden.

Er weist für die Beamten (einschließlich Leerstellen) insgesamt 89,69 Stellen und für die Tarifbeschäftigten (einschließlich Leerstellen) insgesamt 204,64 Stellen aus.

Im Vorbericht zum Haushaltsplan ist die Stellensituation wie folgt erläutert:

„Die Gesamtzahl der Stellen für Beamte und Tariflich Beschäftigte für 2018 mit 294,33 Stellen steigt im Vergleich zum Jahr 2017 mit 291,49 Stellen um insgesamt 2,84 Stellen.

Die Erhöhung resultiert vor allem aus dem Bereich der Feuer- und Rettungswache und der Schulsozialarbeit. Hier werden weitere Stellen zur Kompensation des Personalbedarfs im Rahmen der Umstellung auf die 48-Stunden-Woche eingerichtet und 2 befristete Arbeitsverträge in der Schulsozialarbeit in unbefristete Verträge umgewandelt. Mit Antrag vom 9. November 2017 haben die SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Ausweisung von 2 weiteren Stellen für die Schulsozialarbeit beantragt (Anlage 3).

Die zusätzlich eingerichteten Stellen werden zum Teil durch Stelleneinsparungen an anderer Stelle wieder kompensiert, zum Beispiel durch Realisierung von k. w.-Vermerken zum Ende der Freizeitphase bei Altersteilzeitverträgen oder nach altersbedingtem Ausscheiden.“

Die Veränderungen der Stellenzahlen im Vergleich der Jahre 2017 zu 2018 ist im Einzelnen in der Anlage 2 dargestellt.

Es darf wiederum nicht unerwähnt bleiben, dass zahlreiche Stellen durch Drittmittel und Gebühreneinnahmen gegenfinanziert sind. Als Beispiele werden hier die Brandschutzdienststelle, die Landesmittel für Integrativbetreuung und die Flüchtlingspauschalen genannt.

Anlagen:

1. Auflistung der Produkte
2. Darstellung der Stellenveränderungen 2018 gegenüber 2017
3. Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen